Zu Ostern und am 1. Mai: Heraus für den Frieden!

Gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!

Seit Jahresbeginn erleben wir, wie die USA und die Regierungen in der EU uns immer stärker in einen großen Krieg hineintreiben. Die Bedeutung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen werden dabei systematisch zurückgedrängt.

Zuerst der völkerrechtswidrige Angriff auf Venezuela, dann die fortgesetzte skrupellose Erpressung Kubas, Kolumbiens und Mexikos, Besitzansprüche auf Grönland und jetzt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran mit zahllosen Toten, der immer weiter eskaliert und sich schnell zu einem Dritten Weltkrieg ausweiten kann. Schon jetzt spüren wir die Folgen durch steigende Preise und weiteren Arbeitsplatzabbau.

Zahlreiche nationale und internationale Gewerkschaftsbünde haben diese Völkerrechtsbrüche unmissverständlich kritisiert. Der Zustand der Recht- und Regellosigkeit, der sich seit dem Überfall auf Venezuela zu verfestigen scheint, verschiebt nicht nur die internationalen Beziehungen.

Er wird auch gravierende innenpolitische Folgen haben: Wer das Völkerrecht nicht respektiert, der respektiert auch Arbeits- und Gewerkschaftsrechte nicht.

Die Bundesregierung hat mehrfach klar gemacht, dass sie künftig zu denen gehören möchte, die ihre Interessen auch militärisch durchsetzen können. Statt einen Krieg unbedingt zu vermeiden, geht es ihnen darum, ihn

Hier den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg!“ unterstützen:

Alle Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner sowie die Möglichkeit, den Aufruf zu unterschreiben, findest Du / finden Sie auf unserer Website:

https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/

V. i. S. d. P.: Ralf Krämer, c/o IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin; Druck: Eigendruck.

Löhne und Soziales rauf – Rüstung runter!

führen und gewinnen zu können. Deshalb der Umbau der Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa, den Merz als Ziel ausgegeben hat. Deshalb Soldaten an den Schulen. Deshalb die Kriegsertüchtigung des Gesundheitswesens.

Und auch deshalb die Debatte über den Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen sollen, wenn es nach der Bundesregierung geht, über Kürzungen beim Sozialstaat finanziert werden.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen wir: Wir stehen vor den schärfsten Sozialangriffen in der Nachkriegsgeschichte.

Es droht ein Epochenbruch in der Sozialpolitik:

- Abschaffung des Achtstundentages
- Vorkasse bei Arztbesuchen, weitere Leistungskürzungen der Krankenkassen, kein Lohn an den ersten Krankheitstagen, weitere Krankenhausschließungen
- Verschlechterungen beim Kündigungsschutz, mehr Druck und weniger Geld für Arbeitslose
- Rente mit 70, noch schlechtere Rentenleistungen
- Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen, in der Kinder- und Jugendhilfe, bei Sport und Kultur
- Mehrwertsteuererhöhungen, die Geringverdiener am stärksten treffen
- Druck gegen Gewerkschaften und Streikrecht, um die Löhne zu drücken.

All das zeigt, die Hochrüstung und Kriegsvorbereitung einerseits und die Demontage des Sozialstaats und die Verschlechterung der Lage der Beschäftigten und ihrer Familien sind zwei Seiten einer Medaille. Zwei Seiten des Klassenkampfs von oben, gegen den wir uns gemeinsam zur Wehr setzen müssen.

Deshalb sagen wir: Die Gewerkschaften müssen Teil der Friedensbewegung sein und noch stärker werden und dem Gerede von der Kriegstüchtigkeit die Sprache der Friedensfähigkeit entgegensetzen.

In der DGB-Satzung steht: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften (…) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein“. Aus den Erfahrungen zweier großer Kriege folgte: Bombenterror und Kriegsangst sollten sich nie wieder wiederholen – für niemanden! Das muss auch heute für uns handlungsleitend sein!

Deshalb demonstrieren wir:

- gegen Hochrüstung und Sozialabbau
- gegen Wehrpflicht und Kriegstüchtigkeit
- gegen die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israels und ihre Billigung und Unterstützung durch die Bundesregierung
- für diplomatische Konfliktlösungen und Entspannungspolitik in Europa, Westasien und überall auf der Welt, statt Sanktionen und Wirtschaftskrieg